



## **Innenausschuss**

### **88. Sitzung (öffentlich)**

2. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:31 Uhr bis 12:57 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

**Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das  
Jahr 2020 und Sonderbericht zu Verschwörungsmmythen und „Corona-  
Leugnern“**

**3**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5372

in Verbindung mit:

**Bericht an den Hauptausschuss und an den Innenausschuss des Land-  
tags gem. § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen  
(VSG NRW) über das Jahr 2020**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5161



**Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2020 und Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und „Corona-Leugnern“**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5372

in Verbindung mit:

**Bericht an den Hauptausschuss und an den Innenausschuss des Landtags gem. § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) über das Jahr 2020**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5161

**Minister Herbert Reul (IM) berichtet:**

Bevor Herr Freier Ihnen gleich ausführlich den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2020 vorstellt, möchte ich auf eine Besonderheit hinweisen: Der aktuelle Verfassungsschutzbericht beschäftigt sich nämlich ausführlich auch mit einem Phänomen, das in der Pandemiezeit zu einem echten Problem erwachsen ist. Ich rede hier von Coronaleugnern und ihren Verschwörungsmythen, ich rede von Querdenkern und einer doch recht unappetitlichen Mischszene aus Rechtsradikalen, Reichsbürgern und Fremdenfeindlichen.

Hinzu kommen Menschen, die keine konkrete Motivation haben, sondern einfach gegen den Staat, gegen die Medien oder gegen die Politiker sind. Dieses Dagegen-sein war keinem der bisherigen Phänomenbereiche zuzuordnen. Es taucht hier unter dem Namen verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates auf.

Als Frühwarner hat der NRW-Verfassungsschutz also einen Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und Coronaleugnern erstellt. An dieser Stelle zeigt sich einmal mehr die Leistungsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, denn die meisten Landesämter wären dazu wohl nicht in der Lage gewesen. Wir haben den Sonderbericht vorgelegt, weil wir erst einmal verstehen müssen, wieso manche Menschen so anfällig für Verschwörungsmythen und radikale Parolen sind, woher die Unzufriedenheit kommt.

Der Sonderbericht gibt erste Antworten, wie wir künftig auf diese Menschen reagieren wollen. Eine erste Erkenntnis will ich hier vorwegnehmen: Dieses Phänomen hat sich nicht von jetzt auf gleich entwickelt, sondern da gärt schon lange etwas. Insofern ist die Coronapandemie nicht das ursächliche Problem, sondern nur der Auslöser und der Katalysator.

Lassen Sie mich das hier einmal sagen, weil es gerade uns betrifft, die wir politische Verantwortung tragen: Einige dieser vom Staat Enttäuschten werden auch nach der Pandemie bleiben. Sie werden sich einen neuen Aufhänger suchen. Was gestern Pegida war, ist heute noch Corona und kann schon morgen etwas anderes sein.

Deshalb muss es uns als Demokraten – egal welcher Partei wir angehören – auch so wichtig sein, sich klar von diesen Ansichten zu distanzieren. Ich kann nur warnen: Jeder, der in diesen trüb braunen Gewässern fischt und auf Stimmenfang geht, spielt nicht nur mit dem Feuer, sondern betreibt politische Brandstiftung; das ist zumindest meine Meinung.

Noch etwas ist mir genauso wichtig: Wir dürfen Menschen, die sich Sorgen machen, Pandemiemaßnahmen kritisieren oder sich oder ihre Kinder nicht impfen lassen wollen, nicht in die rechte Ecke stellen oder sie von vorneherein als Querdenker brandmarken, sondern man muss unterscheiden. Wir müssen uns dagegenstellen, aber auch mit Fakten, mit Ruhe und mit schlüssigen Argumenten überzeugen – selbstverständlich auch mit dem, was wir jeden Tag machen. Gerade in Zeiten des Wahlkampfes sollten wir darauf unbedingt achten. – Soweit meine kurze Einführung.

Die Fraktion der AfD hat außerdem darum gebeten, verschiedene Fragen zu beantworten. Nicht alle Fragen beziehen sich auf den Verfassungsschutzbericht. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, möchte ich das insofern gern abschichten. Mit der Demonstration am 26. Juni gegen das neue Versammlungsgesetz setzen wir uns heute Nachmittag noch intensiv auseinander. Da werde ich Ihnen ausführlich berichten; insofern werde ich die dazu gestellten Fragen ebenfalls heute Nachmittag beantworten.

Dann fragen Sie zu Begriffen wie Demokratietheorie oder Ideologie. Anlass dafür ist die Verwendung des Wortes „ideologisch“ in meinem Vorwort zum Verfassungsschutzbericht. Sie kennen mich: Ich bemühe mich um eine klare Sprache und kein Fachchinesisch. Gemeint ist hier ein landläufiger Gebrauch des Wortes und kein politikwissenschaftlicher Fachbegriff.

Der Duden versteht unter der Bezeichnung „ideologisch“ unter anderem „schwärmerisch weltfremden Theorien anhängend“. Das ist noch recht freundlich, wenn man von Verfassungsfeindlichkeit spricht. In unserem Staat besteht aber nun mal zum Glück Meinungsfreiheit, sodass auch verfassungsfeindliche Einstellungen geäußert werden dürfen. Genau deshalb darf, will und muss ich mich auch gegen solche Einstellungen starkmachen. Was der Verfassungsschutz beobachtet, steht auf den Seiten 8 bis 11 in der Vorbemerkung des Berichts. Da werden auch die fachlichen Grundlagen seiner Arbeit aufgeführt; die stehen auch im Verfassungsschutzgesetz.

Was das für uns relevante Demokratieverständnis betrifft, so werden Sie zu den unser Handeln prägenden Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ebenfalls dort fündig. Ich sage nur so viel: Menschenwürdegarantie, freie Wahlen, Rechtsstaat.

Wonach haben Sie noch gefragt? – Ach ja, wie andere zu ihren Entscheidungen und Äußerungen kommen. Das müssen Sie diese selbst fragen; bei einer solchen Bewertung bin ich außen vor. Ihre weiteren Fragen wird Ihnen Herr Freier ausführlich beantworten. – Das ist der letzte Verfassungsschutzbericht, den Herr Freier vorstellt, weil er am Ende dieses Jahres sein Amt verlässt, was der Lauf der Zeit und

nicht deshalb ist, weil es von irgendjemandem gewünscht wird. Darüber und über seine Arbeit werden wir sicherlich noch an anderer Stelle reden können.

**MDgt Burkhard Freier (IM) setzt fort:**

Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2020 heben wir für alle Extremismusbereiche drei Punkte hervor, die sich wie ein roter Faden durch den Bericht ziehen:

Erstens. Extremistische Organisationen legen immer stärkeren Wert auf die Entgrenzung. Alle Extremisten nehmen stärker Einfluss auf Gesellschaft und Politik.

Zweitens. In allen Extremismusbereichen verändert sich die Rolle der Gewalt.

Drittens. Die Entwicklung der Szenen verändert sich.

Das alles hat damit zu tun, dass Politik und Sicherheitsbehörden sowie die Gesellschaft gegenüber Extremismus sensibler werden und sich Extremisten darauf einstellen. Bei der Entgrenzung haben wir beispielsweise festgestellt, dass die Extremisten dazugelernt haben und alle – also Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten – aktuelle Themen aufgreifen. Sie suchen sich also nicht irgendeine Sparte aus, sondern Klimaschutz, Flüchtlingsfragen oder den Umgang mit Muslimen. Alle drei Extremismusbereiche versuchen, damit in die Gesellschaft einzusickern.

Die Gewalt ist in allen drei Extremismusbereichen insofern anders, als wir nicht mehr nur anhand der Zahlen der politisch motivierten Kriminalität erkennen können, ob die Gewalt zunimmt, denn in Nordrhein-Westfalen zumindest ist sie im Jahr 2020 gesunken. Sicherlich hat die Coronapandemie dazu geführt, dass viele Veranstaltungen in der Öffentlichkeit nicht mehr stattfinden konnten. Die meisten Straftaten im Linksextremismus wie im Rechtsextremismus stehen im Zusammenhang mit Versammlungen, sodass der Rückgang nicht erstaunlich ist. Auch die politisch motivierte Gewalt bleibt auf einem hohen Niveau, das aber nicht weiter gestiegen ist.

Im nicht zuzuordnenden Bereich erkennen wir allerdings eine Zunahme der politisch motivierten Kriminalität, was ganz einfach Folgendes bedeutet: Wenn an einer Laterne drei Wahlplakate hängen, das unterste angezündet, aber alle drei verbrannt werden, ist es schwer, die Tat zuzuordnen, wenn sie nicht beobachtet wurde.

Viel dramatischer ist aber die nicht zuzuordnende Kriminalität von Gruppen, die nicht aus einem klassischen Extremismus, sondern aus der neuen Beobachtungsszene kommen, die die Delegitimierung des Staates verfolgt. Dieser etwas schwerfällige Begriff bedeutet, dass sie keinem bisherigen Extremismus zuzuordnen sind, gleichwohl aber das Ziel haben, den Staat nicht nur zu verunglimpfen, sondern unsere Werte abzuschaffen.

Dazu gehört in erster Linie die Coronaleugnerbewegung, eine heterogene Gruppe aus Reichsbürgern, Hooligans und anderen Organisationen, die das gleiche Ziel wie Extremisten verfolgen, nämlich den Staat durch Aktionen nicht nur zu verunglimpfen. Diese Taten haben wie auch die Gewalt aus diesem Bereich zugenommen, die wir diesem neuen Phänomen zuordnen mussten. Da es sich dabei aber

nicht um einen klassischen Extremismus handelt, bezeichnen wir ihn im Moment als nicht zuzuordnen.

Wir haben auch festgestellt, dass nicht die Szenen insgesamt, also rechtsextremistische Parteien oder Gruppen, ein Problem bei der Zunahme der Gewalt darstellen, sondern einzelne Personen, die sich radikalieren. Im Rechtsextremismus waren das die terroristischen Aktionen von Einzeltätern. Im Linksextremismus handelt es sich um einzelne Personen, die nicht mehr die sogenannte Massengewalt durchführen, also etwa bei einer Demonstration Flaschen werfen, sondern sich einzelne klandestine Gruppen herauslösen und ihr Umfeld attackieren.

In der Szene sehen wir auch eine Zunahme des Einsatzes der sozialen Medien zur Mobilisierung, aber auch zur Radikalisierung. Insbesondere beim Islamismus passen sich die Szenen immer stärker an und lernen, wie die Sicherheitsbehörden arbeiten. Deswegen verschwinden sie in den Untergrund und werden in ihren Aktionen immer klandestiner.

Diese Kombination, dass die Szenen im Islamismus gar nicht mehr so erkennbar sind, sich aber gleichzeitig einzelne Personen radikalieren, ohne in einer Szene zu sein und deshalb schwerer zu erkennen sind, führt dazu, dass wir in keiner Weise Entwarnung geben können, auch wenn die Zahlen zurückgehen. Wir gehen vielmehr davon aus, dass wir eine abstrakte Gefahr auf hohem Niveau haben und deshalb Polizei und Verfassungsschutz sehr aufmerksam bleiben müssen.

Kurz zu den Besonderheiten der einzelnen Beobachtungsobjekte. Im Moment beobachten wir mit allen zur Verfügung stehenden nachrichtendienstlichen Mitteln zwei Organisationen aus dem Bereich der sogenannten Coronaleugner, nämlich Querdenken, die regionale Gruppe aus Nordrhein-Westfalen, und die Corona-Rebellen Düsseldorf. Das sind die größten Organisationen in diesem Bereich:

Nach unserem Stand hat Querdenken bundesweit 60 regionale Initiativen, davon 14 in Nordrhein-Westfalen, die wiederum auf Telegram 20 Gruppen mit ungefähr 7.300 Abonnenten haben. Insgesamt gibt es ungefähr 20.000 Abonnenten, die nicht alle gleichmäßige Anhänger, aber zumindest in einer Art und Weise aktiv sind, dass wir darauf schauen müssen. Die Corona-Rebellen sind etwas kleiner: Es gibt um die 13.000 Abonnenten.

Selbstverständlich haben wir nicht alle Personen im Blick und gespeichert, was auch unverhältnismäßig wäre. Wir machen ungefähr 20 Personen als Rädelsführer und führende Köpfe aus und beobachten ungefähr 300 Personen aus dem gesamten Spektrum intensiver. Wir haben es schon einmal erklärt: Sie suchen sich neue Vehikel – Corona ist nicht das einzige Thema –, um zu versuchen, den Staat zu delegitimieren, zu verunglimpfen und die Politik madig zu machen. Die Flutkatastrophe hat zu etwas Ähnlichem geführt. Wir gehen also davon aus, dass die Gruppe nicht weg wäre, wenn es Corona nicht mehr gäbe.

Nach wie vor halten wir den Rechtsextremismus für die größte Bedrohung der inneren Sicherheit mit Blick auf den Extremismus in Nordrhein-Westfalen sowie bundesweit, weil Rechtsextremisten, Kleinstparteien und Gruppen weiter existieren. Wir stellen immer mehr wachsende Mischszenen fest wie etwa die Bruderschaft Deutsch-

land oder die „Steeler Jungs“ in Essen, also Gruppen, die sich nicht nur aus Rechtsextremisten zusammensetzen, gleichwohl aber ein extremistisches Ziel und eine extremistische Vorgehensweise verfolgen, weshalb sie als rechtsextremistisch eingestuft werden. Die Zahl der engeren Mitglieder hat sich im Jahr 2020 verdoppelt: Jetzt haben wir ungefähr 1.150 Personen im Gegensatz zu 650 zuvor.

Das viel größere Problem liegt darin, dass sich diese Szenen mit vergleichbaren Szenen anderer Bundesländer vernetzen und so radikal werden, dass sie darüber nachdenken, gar keine Veranstaltungen in der Öffentlichkeit mehr durchzuführen, weil sie von den Sicherheitsbehörden beobachtet werden, sondern klandestin zu werden, also sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Die Gewalt nimmt zu. Es gibt Personen, die sich von dieser Szene und ihrer Ideologie angezogen fühlen. Das ist ein neues Feld im Rechtsextremismus, das ungefähr vor zwei Jahren verstärkt aufgetreten ist und das wir im Blick behalten müssen.

Damit komme ich zum Linksextremismus. Nach wie vor steht ganz oben auf der Agenda der Versuch der Entgrenzung, also mit aktuellen Themen wie beispielsweise Klimaschutz und Rassismus politische Organisationen und Parteien zu beeinflussen und zu versuchen, zu einer linksextremen Ideologie zu bringen. Das erfolgt über zwei Wege: Zum einen wird mit dem sogenannten zivilen Ungehorsam oder mit Straftaten wie Blockaden und Besetzungen versucht, deutlich zu machen, dass man den Staat nur in die Knie zwingen kann, wenn man Gewalt anwendet.

Das größere Problem ist für uns, dass bei den linksextremistischen Gruppen die Gefahr besteht, dass sich Einzelpersonen bzw. Kleinstgruppen loslösen und versuchen, ihre eigene Agenda insbesondere mit dem Ziel an den Mann zu bringen, die politischen Gegner – das sind einerseits die Polizei, andererseits die vermeintlichen Rechtsextremisten – auch persönlich mit Gewalt anzugreifen. Wir hatten auch in Nordrhein-Westfalen zwei Fälle; im Bundesgebiet gibt es noch mehr. Das müssen wir zumindest deswegen intensiv beobachten, weil sich die Szene und die Gewalt damit verändern.

Beim Islamismus gibt es auch eine neuere Bewegung. Früher bestand das große Problem im Salafismus, in den gewaltbereiten und hoch ideologisierten Personen, die in der Öffentlichkeit auftreten wie mit der „Lies!“-Aktion, die mobilisieren, missionieren und Ähnliches. Das konnten wir in der letzten Zeit nicht mehr so feststellen, weil die Sicherheitsbehörden mit allen Möglichkeiten wie Verboten, aber auch kleineren Maßnahmen massiv vorgegangen sind, die öffentliche Auftritte und öffentliche Versammlungen, aber auch Missionierung stören.

Das führt jetzt dazu, dass gerade diese Szene in den Untergrund und in die Anonymität verschwindet, was das Aufklären etwas schwieriger macht. Wir haben zum Beispiel „Ansaar International“ verboten, wogegen geklagt wird; das ist also noch nicht vorbei. Islamisten haben einen Weg gefunden, den man nicht sofort als islamistisch erkennen kann, um zu versuchen, an Gelder zu kommen und sie auch für die Unterstützung terroristischer Organisationen wie der Hamas zu nutzen. Die Islamisten gehen also neue Wege, die dazu führen, dass auch wir mit unseren Beobachtungen und Maßnahmen neue Wege gehen müssen.

In den Medien war zu lesen, dass es bundesweit weniger Gefährder im Islamismus gibt. Wir können keine Entwarnung geben, weil die Zahl der Gefährder bzw. der relevanten Personen nicht allein ausschlaggebend für die Bewertung einer Gefahr ist. Ausschlaggebende Faktoren liegen auch darunter: So haben wir immer noch 110 Islamisten in den Krisengebieten Irak und Syrien, die irgendwann zurückkehren werden.

Es gibt viele mit ihren Kindern zurückkehrende Frauen, die hoch ideologisiert und eng an den IS gebunden sind, die wir aufnehmen und auch betreuen müssen. Dafür haben wir einen sogenannten Rückkehrkoordinator eingesetzt, der die Schnittstelle zwischen den Sicherheitsbehörden und den Sozialbehörden in den Kommunen bildet. Er nimmt jede Frau, die mit ihren Kindern kommt, auf und betreut sie. Auch, wenn sie inhaftiert wird, werden wir weiter versuchen, sie zu betreuen und ins Aussteigerprogramm zu bekommen, weil sich die Szene selbstverständlich bemüht, diese Frauen wieder aufzunehmen.

Neben den Rückkehrern und Rückkehrerinnen müssen wir noch ein weiteres Problem intensiv beobachten: die Haftentlassenen. In den Justizvollzugsanstalten sitzen im Moment 60 Islamisten, nach deren Entlassung die Gefahr besteht, dass sie in die Szene zurückkehren, wenn sie nicht betreut werden. Also betreuen wir sie mit unserem Aussteigerprogramm, das aus unserer Sicht die beste Möglichkeit bietet, sie aus der Szene herauszuholen, was auch sehr gut gelingt. In Kombination mit dem Rückkehrkoordinator haben wir damit eine Möglichkeit, uns um diese Person zu kümmern, weil wir die vorhandene Gewaltbereitschaft unterbinden müssen.

Nun komme ich noch kurz zu Afghanistan. Hier müssen die Sicherheitsbehörden drei Felder bewerten, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch der Verfassungsschutzverbund sowie der Bundesnachrichtendienst, der MAD und andere Organisationen: Wie ist die Lage in Afghanistan? Wie ist die Lage in Bezug darauf in Nordrhein-Westfalen? Was ist mit Flüchtlingen?

Anders als IS und Al Quaida verfolgen die Taliban in Afghanistan keine internationale Agenda. Deren ideologisches Ziel ist nicht der Westen, sondern Afghanistan. Anders als in Syrien gibt es nicht direkt am Anfang Islamisten, die das Gefühl haben, ausreisen zu müssen. Gleichwohl ist die Stimmung der Islamisten in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf Afghanistan gespalten:

Zum einen gibt es Anhänger des IS, der nicht nur in Syrien, sondern auch auf der arabischen Halbinsel und in Afghanistan aktiv ist. In Afghanistan verfolgt er das Ziel, die Provinz Chorasán zu errichten, bei der es sich um das Gebiet zwischen dem Irak, Afghanistan, Pakistan und den mittelasiatischen Staaten Usbekistan und Tadschikistan handelt. Der IS sitzt im Nordwesten Afghanistans und versucht dort nach wie vor Fuß zu fassen. Mutmaßlich hat der IS auch den Anschlag auf den Flughafen ausgeführt.

Taliban und der IS bekämpfen sich, weil sie eine unterschiedliche Ideologie verfolgen: Die Taliban versuchen, mit dem Westen zu verhandeln, wenn auch nur aus Eigennutz; der IS würde das nie tun, weil seine Ideologie beinhaltet: Mit dem Westen darf ich nicht einmal reden, sondern ich kann ihn nur bekämpfen. – Schon diese



ideologischen Unterschiede führen zu einer Auseinandersetzung. Die Anhänger des IS in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen sehen das genauso und kritisieren deshalb das Vorgehen der Taliban.

Auf der anderen Seite sitzt auch Al Quaida in Afghanistan und strebt eine Zusammenarbeit mit den Taliban an, was dazu führt, dass die Anhänger von Al Quaida in Nordrhein-Westfalen glorifizieren, was die Taliban machen. In Nordrhein-Westfalen gibt es auch noch Gruppen, die gar nichts mit den Taliban zu tun haben wollen und das Ganze eher skeptisch sehen, die Ereignisse aber trotzdem nutzen, um die Regierung zu kritisieren und damit Propaganda zu betreiben.

In Nordrhein-Westfalen haben wir im Moment keine echten Talibanstrukturen, was kein Wunder ist, weil es eben nie Ziel der Taliban war, außerhalb von Afghanistan zu kämpfen. Trotzdem sehen wir ein Problem, das wir beobachten müssen: Der Sieg der Taliban über den Westen wird insgesamt so glorifiziert, dass es einen Auftrieb für Islamisten gibt. Möglicherweise haben sie einen neuen Sehnsuchtsraum, weil eine Organisation anders als der IS in Afghanistan einen militärischen Sieg errungen hat. Das kann dazu führen, dass gewaltbereite Dschihadisten das Gefühl haben, sie könnten sich jetzt auf den Weg begeben. Diese Situation müssen wir immer wieder neu bewerten.

Bislang haben wir zum Glück festgestellt, dass die Sicherheitsbehörden aus den Aufnahmeverfahren von Flüchtlingen im Jahr 2015 und aus dem Fall Amri bedeutende Lehren gezogen haben: Heute kommt niemand mehr nach Deutschland, der nicht geprüft worden ist. Das ist wichtig zu wissen, weil man nicht sagen kann, dass jetzt wieder Flüchtlinge nach Deutschland kommen, die hier möglicherweise irgendetwas machen. Das kann nicht sein.

Sie kommen in Frankfurt oder Hannover an: Alle Flüchtlinge, Ortskräfte oder wer auch immer – bislang sind jedenfalls mit deutschen Flugzeugen etwa 5.000 Menschen hierhin gekommen – werden am Flughafen zunächst auf Corona getestet. Anschließend werden ihre Identität festgestellt und die Dokumente auch auf Echtheit hin überprüft. Bei nicht echten Dokumenten bekommen die Menschen vorläufige Dokumente. Am wichtigsten aber ist, dass alle Personen eine Identitätsfeststellung über die biometrischen Merkmale Gesicht und Fingerabdruck erhalten. Anders als im Fall Amri beispielsweise kann niemand mehr in Deutschland mehrere Identitäten haben.

Sofort nach der Ankunft werden alle Daten der Personen im Ausländerzentralregister gespeichert, und zwar im Rahmen einer Nachberichtspflicht; das bedeutet: Solange diese Personen in Deutschland sind – egal, wie lange –, werden neue Erkenntnisse abgespeichert, sodass alle Behörden wissen, dass jemand extremistisch aufgefallen ist. Gleichzeitig werden die Personen schon am Flughafen sicherheitsüberprüft: Die Daten der Sicherheitsbehörden und auch des Verfassungsschutzes werden mit den Daten abgeglichen, sodass wir sagen können: Der ist schon einmal ausgereist. Der ist schon einmal aufgefallen.

Nach unseren bisherigen Feststellungen mit Stand heute gibt es keinen abgeschobenen Gefährder, der auf diesem Weg nun wieder zurückgekommen ist, wohl aber

einige abgeschobene Straftäter, die auf diesem Weg wieder hierhergekommen sind. Das ist aber über diesen Weg der Registrierung und der Feststellung im Ausländerzentralregister sofort festgestellt worden.

Wir haben einen ganz engen Draht zum MKFFI bei der Frage, wer wann wohin kommt, denn aus den Flüchtlingsbewegungen seit dem Jahr 2015 haben wir gelernt, dass Salafisten und Islamisten schnell versuchen, ihre eigene Ideologie an jemanden weiterzugeben, der in einer Aufnahmeeinrichtung nicht so richtig weiß, wohin er gehört. Danach sieht es im Moment nicht aus, weil sich die Ortskräfte, die nach Deutschland kommen, relativ schnell integrieren wollen. Deswegen ist die Gefahr, dass jemand abrutscht, eher gering; trotzdem behalten wir das im Blick. Was 2015 passiert ist, kann nach menschlichem Ermessen heute so nicht mehr passieren. Dafür sind wir viel zu nah dran und die Sicherheitsüberprüfungen viel zu eng.

Damit komme ich zu den Fragen der AfD, bei denen es um Sachbeschädigung zum Nachteil politischer Parteien ging. Im Verfassungsschutzbericht haben wir im Kapitel zur politisch motivierten Kriminalität die Zahl der nicht zuzuordnenden politisch motivierten Kriminalität besonders hervorgehoben, nämlich 600 Straftaten im Zeitraum der Kommunalwahl, also von Juni bis zum Oktober 2020. Diese Zahl ist exorbitant hoch und viel höher als in anderen Zeiten. Die AfD fragt danach, wie sich die Zahl aufsplittet und wie sie zu bewerten ist.

Von den 600 nicht zuzuordnenden Straftaten betreffen 543 nur Wahlplakate; bei den restlichen Straftaten geht es um die Beleidigung von Kommunalpolitikern; sie haben also auch etwas mit der Kommunalwahl zu tun. Fasst man alle Straftaten, also auch die der Extremisten, zusammen, kommen wir auf 806 Straftaten, von denen alleine 187 im Zusammenhang mit Wahlplakaten in den Bereich politisch motiviert links fallen. Die AfD war 197-mal, andere Parteien wie beispielsweise die SPD mit 161 Fällen oder die CDU mit 156 Fällen auch in einem großen Maße betroffen.

Warum ordnen wir diese Taten dem Bereich „nicht zuzuordnen“ zu? – Ich brachte eben schon das Beispiel: Wenn an einem Laternenpfahl drei Plakate gleichzeitig brennen, ist es schwierig, die Motive der Tat zu ermitteln, weil nicht klar war, wer genau gemeint war; deshalb sind solche Taten gegen Wahlplakate nicht zuzuordnen. Sie werden aber aufgelistet, weil sie selbstverständlich gerade im Zusammenhang mit der Wahl eine Bedeutung haben.

Die AfD fragt auch nach Verschwörungstheorien im Linksextremismus. Im Sonderbericht haben wir auf den Seiten 120 bis 130 auch den Linksextremismus aufgeführt. Die echten Verschwörungsmymen haben im Linksextremismus keinen systematischen Platz, weil Linksextremisten anders agieren: Sie versuchen immer, wissenschaftlich zu erklären. Mythen sind dem Linksextremismus schon nach seiner Ideologie fremd. Allerdings haben auch Linksextremisten stereotype Erzählungen von bestimmten Sachverhalten wie beispielsweise die einseitige Erklärung der Weltpolitik: Alles ist amerikanischer Imperialismus. Alle Probleme dieser Welt haben eine Ursache, nämlich Kapitalismus. – Diese monokausale Erklärung hat schon eine Nähe zu Verschwörungstheorien und Verschwörungsmymen, ist aber anders als in den anderen Bereichen. Insgesamt haben wir festgestellt, dass alle Extremisten auf irgendeine Weise mit diesem Thema zu tun haben.

Bei der Gewalt im Linksextremismus spielen auch die Straftaten nicht aus einer Demonstration heraus, sondern von einzelnen Personen in ihrem Umfeld eine Rolle. Dazu gab es in Nordrhein-Westfalen zwei Fälle, die wir im Verfassungsschutzbericht genau aufgelistet haben, nämlich in Köln und in Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen ist nicht das Land mit den meisten dieser Einzelfälle, aber wir beobachten sie sehr genau, weil es sich dabei um einen Wechsel der Art der Gewaltbereitschaft im Linksextremismus handelt. Diese Gewalt richtet sich gezielt gegen einzelne Personen, um sie einzuschüchtern. Man muss sie so genau untersuchen, weil sich immer die Frage stellt, ob Linksextremisten in Terrorismus abrutschen. Das können wir in Nordrhein-Westfalen nicht feststellen, bleiben aber bei der Beobachtung dran.

Wie entwickelt sich die Gewalt in den nächsten Jahren bzw. im Jahr 2021 weiter? – Die Zahlen werden jetzt von der Polizei zusammengestellt, sodass ich das noch nicht mit Zahlen belegen kann, aber wir gehen davon aus, dass es bei der Gewalt einen Peak im Zusammenhang mit dem Hambacher Forst gab. Bei der Gewalt im Linksextremismus haben wir in diesem Jahr zwar keine Steigerung, aber ein gleichbleibend hohes Niveau. Linksextremisten sind nach wie vor aktiv, sodass man dranbleiben muss.

Sie fragten auch nach den Entgrenzungsstrategien. Wie alle Extremismusbereiche liegen auch Linksextremisten mit ihren Entgrenzungsstrategien ganz weit vorne. Der Versuch, auf Parteien und Organisationen einzuwirken, betrifft alle Parteien. Auch bei etablierten Parteien besteht die Gefahr, dass Linksextremisten versuchen einzuwirken. Eine gezielte Strategie dafür haben wir bei „Ende Gelände“ erkannt, also bei Organisationen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz, auf die Linksextremisten versuchen einzuwirken und sie zu beeinflussen.

Sie fragten auch nach Migrantifa, worüber wir im Verfassungsschutzbericht berichtet haben. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts müssen wir eine Organisation, die wir beobachten, im Verfassungsschutzbericht fett schreiben, wenn es sich um festgestellte Bestrebungen handelt, und kursiv schreiben, wenn es Anhaltspunkte gibt. Die Migrantifa ist weder das eine noch das andere: Sie ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes, weil es keine wirkliche Vernetzung zwischen der Migrantifa und anderen Antifa-Gruppen gibt, die etwas ganz anderes sind. Die Ideologie ist aus unserer Sicht auch nicht verfassungsfeindlich, weil es nicht um die Abschaffung des Systems wie bei der Antifa geht, sondern die Gesellschaft auf Rassismus und Migration hinzuweisen. Das ist nicht extremistisch.

Der Migrantifa gibt es auch bei der Antifa zu viele weiße Menschen und zu wenige Migranten, weshalb sie eine eigene Gruppe bilden wollen. Weil immer mal wieder ein Kontakt zur Antifa besteht, sehen wir Strukturen in Düsseldorf, Duisburg, Köln, Oberhausen und Wuppertal, aber keine systematische Zusammenarbeit zwischen Antifa und Migrantifa. Erst dann könnten wir weiter hineinschauen; im Moment ist das jedenfalls nicht der Fall.

Sind nach Kenntnis des Verfassungsschutzes auch Linksextremisten vom Deplatforming betroffen? – Darunter versteht man, dass man jemandem die Plattform für Äußerungen im Internet oder in sozialen Medien nimmt. Dabei gibt es drei Spieler auf dem Markt, nämlich zunächst den Betreiber der Plattform wie Facebook oder

Twitter. Wenn sie nach ihren Nutzungsbedingungen feststellen, dass es sich um extremistische Äußerungen handelt, nehmen sie die Person aus dem Netz oder löschen den Eintrag. Auch der Staat kann gegen eine Person vorgehen, wenn Ordnungsrecht oder Strafrecht verletzt wird. Nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz bestehen Meldepflichten gegenüber dem BKA, um die Verpflichtung der Betreiber deutlich zu machen, solche Daten zu löschen.

Verglichen mit Islamismus und Rechtsextremismus spielt Deplattforming im Linksextremismus eine untergeordnete Rolle, wenn man sich etwa die Nennung verfassungsfeindlicher Symbole oder gewaltverherrlichender Darstellungen wie Enthauptungsszenen oder Massenvernichtungsszenen ansieht. Das findet im Linksextremismus sehr viel weniger statt. Betroffen waren Linksextremisten vom Deplattforming etwa durch das Verbot von „Indymedia linksunten“. Es war ein harter Schritt, eine komplette Plattform zu verbieten, was Linksextremisten selbstverständlich zu umgehen versuchen. Das Verbot hat die extremistische Szene zusammen mit den Aktionen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg durchaus betroffen. Insofern sind zwar alle Extremismusbereiche vom Deplattforming betroffen, aber Linksextremisten weniger als Rechtsextremisten oder Islamisten.

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)** möchte wissen, wie viele Menschen aus Afghanistan echte, gefälschte oder gar keine Dokumente hätten, um sie zweifelsfrei identifizieren zu können. Straftaten im Zusammenhang mit Wahlplakaten müsse man bei Wahlen wohl zukünftig immer erwarten. Die Straftaten im Linksextremismus richteten sich vorrangig gegen den Staat und fänden vor allem bei Demonstrationen und Versammlungen statt, wohingegen sich die Straftaten im Rechtsextremismus eher in Körperverletzungsdelikten und in Hasskriminalität manifestierten. Er möchte wissen, ob langfristig mit einer qualitativen Zunahme der Gewalt gerechnet werden müsse.

Er fragt, ob Kampfsportveranstaltungen vorrangig von Rechtsextremen selbst durchgeführt würden oder ob dort versucht werde, insbesondere junge Menschen zu gewinnen. Sodann bittet er um nähere Ausführungen zu den 4.833 Sensibilisierungsmaßnahmen im Verhältnis zu 1.080 Personen.

**Marc Lürbke (FDP)** stellt fest, angesichts stetig neuer Herausforderungen werde die Aufgabe des Verfassungsschutzes immer komplexer, auf die er dynamisch reagieren müsse. Offensichtlich wirke die Pandemie wie ein Brandbeschleuniger, der zu immer mehr Entgrenzungen führe. Auch die Hochwasserkatastrophe werde für die Verbreitung kruden Gedankengutes und dafür genutzt, sich als Kümmerer zu inszenieren und für Anschlussfähigkeit zu sorgen.

Mit Blick auf die Situation in Afghanistan unterstreicht er die Bedeutung des wehrhaften Verfassungsschutzes für Nordrhein-Westfalen. Er möchte wissen, ob die Entwicklungen bereits Einflüsse auf die 100 extremistisch beeinflussten Moscheen in Nordrhein-Westfalen zeitigten, was man bereits jetzt mit Blick auf zukünftige Entwicklungen tun müsse, um vor der Lage zu bleiben, und ob IS-Sympathisanten aus Nordrhein-Westfalen schon ausreisten oder sich mit dem Gedanken trügen.

Er fragt, ob der Rückgang der Zahlen im Zusammenhang mit der Identitären Bewegung damit zusammenhänge, dass die Öffentlichkeit ihren wahren rechtsextremistischen Kern erkenne, und ob sich das Personal hin zu anderen Organisationen wie auch der AfD orientiere. Ausweislich des Sonderberichts gebe es die meisten Demonstrationen von Coronaleugnern in Ostwestfalen/Lippe, sodass er um nähere Erläuterung bitte.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** zeigt sich davon nicht überrascht, weil in Ostwestfalen/Lippe einige völkisch geprägte Gruppierungen immer wieder durch Verschwörungsmethoden auffielen und auch „Der Flügel“ dort immer wieder aktiv werde. Mit Blick auf das auf Seite 47 des Sonderberichts erwähnte Personenpotenzial werde von einer lautstarken Minderheit gesprochen, das aber tatsächlich schon von den Zahlen her nicht unerheblich sei. Nach ihrer Ansicht müsste man die großen Schnittmengen der Anhänger von Verschwörungsmethoden und der Querdenker mit Rechtsextremismus stärker betonen. Sie fragt nach Präventionsprogrammen explizit gegen Verschwörungsmethoden.

Auch der Verfassungsschutzbericht komme zu der Einschätzung, dass „Der Flügel“ informell weiter agiere. Sie möchte wissen, ob an seinem Treffen Anfang des Jahres in Niedersachsen nordrhein-westfälische Akteure teilgenommen hätten. Der Gelsenkirchener Kreisverband der Partei Die Rechte habe die Gemeinschaft FreiVest gebildet, die Prepper-Aktivitäten aufweise. Auch die Hochwasserkatastrophe könnten Prepper-Gruppen zum Anlass nehmen, verstärkt aktiv zu werden. Das Tremonia-Kollektiv scheine eine neue Aktivität in rechtsextremen Szenen in Dortmund darzustellen. Zum Themenfeld „Entgrenzung und Antirassismus“ führe der Verfassungsschutz die Bewegung „Black Lives Matter“ an, obwohl sie weder linksextremistisch beeinflusst noch der Versuch der linksextremistischen Beeinflussung gelungen sei.

**Hartmut Ganzke (SPD)** betont, es könne nicht angehen, dass anerkannte Rechtsextreme Waffen besitzen dürften. Er fragt nach aktuellen Erkenntnissen zu Cyberangriffen mit Blick auf Industriespionage, nach der Zusammenarbeit mit Einrichtungen befreundeter europäischer Staaten und ob der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz die Gefahr der Beeinflussung der Bundestagswahl durch ausländische Nachrichtendienste sehe.

**Markus Wagner (AfD)** gibt die Ausführungen des Politikwissenschaftlers Professor Wagener wieder, wonach die Institutionen, die das Grundgesetz schützen sollten, im kämpferischen Übereifer Verfassungsnormen verletzen und dabei von der Politik gedeckt würden. Zudem kritisiere der Professor das Abhängigkeitsverhältnis der Ämter für Verfassungsschutz als Abteilung des Innenministeriums, unscharfe Definitionen sowie die unzureichende Auseinandersetzung mit Phänomenen und Zahlenspiele. Zur Demonstration gegen das nordrhein-westfälische Versammlungsgesetz habe die Landesregierung 42 von 84 Trägern als linksextrem eingestuft. Die dortige Mischszene, an der sich unter anderem die Grüne Jugend und die Jusos beteiligten, stufe sie als linksextremistisch dominiert ein, sodass er nach den Folgerungen für die Grüne Jugend und Jusos frage.

Von den 3.849 ausgeflogenen Afghanen handele es sich um lediglich 138 Ortskräfte sowie 496 Familienangehörige. Er stellt die sichere Identitätsfeststellung zumindest bei denjenigen infrage, über deren Identität es überhaupt keine Informationen gebe. Oberst a. D. Dr. Thomas Sarholz habe zudem in der BILD-Zeitung festgestellt, unter den Ortskräften hätten sich stets auch Menschen befunden, die in terroristische Anschläge verwickelt gewesen wären oder terroristische Organisationen unterstützt hätten. Er möchte wissen, inwieweit auch die Ortskräfte sicherheitsüberprüft würden und inwiefern man kontrolliere, dass es sich auch tatsächlich um ihre Angehörige handele. Nach seiner Kenntnis führe Belgien DNA-Prüfungen, Deutschland hingegen nur Anschauungen durch.

Meinungen könnten heute als Verschwörungsmythen bezeichnet werden, die sich zukünftig aber als durchaus realistisch herausstellten. Dabei denke er beispielsweise an die Aussagen, es gebe in der Coronapandemie gar keine Überlastung des Gesundheitssystems oder die meisten Coronatoten seien gar nicht an Corona verstorben, was sich heute als richtig herausstelle bzw. sehr ernsthaft debattiert werde. Deshalb wolle er wissen, wie man die Kritik an den Coronamaßnahmen von der Delegitimierung des Staates abgrenze.

Abschließend fragt er nach der Finanzierung linksextremer Organisationen, welche Geldflüsse und sachliche Unterstützung man feststelle sowie nach Organisationen, die staatliche Mittel für Arbeit erhielten, damit aber linksextreme Organisationen unterstützten.

**Nic Peter Vogel (AfD)** gibt zu bedenken, nicht jeder Klick im Internet und jedes Abonnement bedeute, dass Menschen auch die entsprechende Meinung befürworteten, denn es könne sich durchaus auch einfach um einen Informationsgewinn handeln.

**MDgt Burkhard Freier (IM)** antwortet, es gebe etwas über zehn Personen mit völlig falschen Identitätsangaben sowie im Zentralregister gespeicherte abgeschobene Straftäter. Insgesamt seien bislang ungefähr 4.800 Personen aus Afghanistan angekommen, sodass er die Zahl im Verhältnis nicht für dramatisch halte.

Der Verfassungsschutz gehe davon aus, dass Angriffe auf Wahlplakate alle Parteien betreffen, aus allen Extremismusbereichen kämen und ein großes Thema darstellten.

Ziel linksextremistischer Gewalt in Form von Körperverletzungsdelikten insbesondere gegen Polizisten stelle der Staat dar und sodann der vermeintliche politische Gegner wie Rechtsextremisten. Die Gewalt im Rechtsextremismus richte sich von seiner Ideologie her nicht gegen den Staat oder die Polizei, sondern gegen Migranten. Allerdings beobachte der Verfassungsschutz im Moment eine Zunahme der Gewalt zwischen Linksextremisten und Rechtsextremisten, die von beiden Seiten ausgehe.

Der Verfassungsschutz beschäftige sich auch präventiv mit Kampfsport, habe Veranstaltungen mit Kampfsportschulen durchgeführt und über die Haltung der Rechtsextremisten zum Kampfsport aufgeklärt. Rechtsextremisten gründeten allerdings ganz bewusst ihre eigenen Kampfsportschulen, um unter sich zu bleiben.

Wegweiser habe 1.080 individuelle Beratungen durchgeführt, wobei es sich um die Beratung einer konkreten Person durch einen Berater oder ein Beraterteam handele. Die 4.800 Sensibilisierungsmaßnahmen richteten sich an Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen, also an das Umfeld wie Lehrerinnen und Lehrer, das Jugendamt und Sicherheitsbehörden wie die Polizei. Darüber hinaus habe es 25.000 allgemeine Anfragen an Wegweiser gegeben.

Für die Entstehung der Verschwörungsmmythen im Zusammenhang mit der Coronapandemie benennt er drei Ursachen, die sich nicht nur auf die Untersuchungen des Verfassungsschutzes stützten. So seien Menschen mit rechtem oder eher rechtem Gedankengut empfänglich für Verschwörungsmmythen. Außerdem wollten sich viele Menschen selbst anders wahrnehmen und in der Gesellschaft eine gewisse Macht bzw. eine Bedeutung haben, was Verschwörungsmmythen bedienten, die die Welt einfach erklärten und deren Anhänger die Wahrheit kannten. Verunsicherte Menschen wünschten sich zudem Traditionen und Werte, bei deren gefühltem Abhandenkommen die Empfänglichkeit für Verschwörungsmmythen steige, wenn es sich dabei auch nicht um rechte oder rechtsdenkende Personen handeln müsse.

Es sei damit zu rechnen, dass auch Afghananen in Nordrhein-Westfalen den Eindruck gewinnen, dass es nun für den Dschihad, den extremistischen Islamismus, die Scharia und den Koran wieder einen Aufwind gebe, sodass man aktiv werden könne. Im Netz stelle der Verfassungsschutz sehr viele, aber sehr unterschiedliche Kommentare fest; fast alle extremistischen Islamisten hätten ihren Kommentar zur Lage abgegeben. In einzelnen beobachteten Moscheen gebe es nun radikalere Predigten darüber, dass es eine Gruppe geschafft habe.

Ausreisen behalte der Verfassungsschutz im Blick, denn aus anderen Regionen der Welt gebe es Aufforderungen des IS zu reisen. Es gebe eine Stimmung sowie eine starke Bewegung in der Szene, sodass nun abzuwarten bleibe, in welche Richtung sie sich entwickle. Er wiederholt seinen Hinweis auf die Trennung der Anhänger von IS und Al Quaida. Insgesamt handele sich um ein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes für die nächsten Monate und Jahre.

Die Bedeutung der Identitären Bewegung im Rechtsextremismus schwinde mit der Zunahme der Bedeutung von fest organisierten Parteien wie Die Rechte oder Der III. Weg mit einem anderen Standing in der Szene. Allerdings gehe es nicht nur um die Personen, sondern um die gesamte neue, nicht gewaltorientierte rechte Bewegung, die durch Entgrenzung versuche, auf die Gesellschaft einzuwirken.

In Ostwestfalen/Lippe bestünden mehrere Besonderheiten im Vergleich zu anderen Bundesländern, nämlich viele kleine Gruppen, die mit 10 bis 50 Leuten an allen großen Demonstrationen teilnahmen. Sie versammelten sich stets um bestimmte Rädelsführer. Zudem gebe es dort eine rechte völkische Szene, aber auch Gruppen, die gar nichts mit dem Extremismus zu tun hätten, wie etwa Evangelikale, die ebenfalls einen starken Sog ausübten. Auch fänden sich im ländlich geprägten Ostwestfalen/Lippe sehr viele Reichsbürger. Rein zahlenmäßig liege Ostwestfalen/Lippe deshalb vorne; die Bedeutung von Demonstrationen in den großen Städten sei selbstverständlich genauso groß.

Minderheiten könne man ins Verhältnis zu anderen Extremisten oder zur Bevölkerung setzen. Der Verfassungsschutz setze die Szene der Corona-Rebellen ins Verhältnis zur Bevölkerung, weil sich dort lediglich zu 10 % Extremisten fänden. Für viel gefährlicher halte er aber, dass die anderen 90 % vorher nicht extremistisch gewesen seien.

Mit Blick auf die Prävention gegen Verschwörungsmymen bearbeite der Verfassungsschutz vier Felder: Zum einen habe er das Aussteigerprogramm für den Rechtsextremismus auch für Coronaleugner geöffnet. Die Wegweiser-Berater auf den 25 Stellen informiere und schule man gegenwärtig zum Thema „Verschwörungsmymen“, weil sich Menschen einfach an die Beratungsstellen wendeten. Mit der Sekteninfo strebe man eine Zusammenarbeit an und versuche, dieses sechste Phänomen des Extremismus in Vorträgen zu bewerten.

„Der Flügel“ stelle nach wie vor ein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes dar.

Bei der Partei Die Rechte gehe es im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe zuvorderst nicht um Prepper, sondern vor allem um das Verunglimpfen des Staates, um sich als Kümmerer darzustellen. Bei Prepper-Gruppen stelle der Verfassungsschutz eine stärkere Aktivität im Internet fest.

Durch den Verlust von Führungspersonen der Partei Die Rechte, die nach Sachsen und Sachsen-Anhalt abwanderten, arbeite sie immer weniger parteiorganisiert, sondern eher aktionsorganisiert. Das Tremonia-Kollektiv wolle die Personen innerhalb der Partei Die Rechte binden, um Aktionen, nicht aber Politik zu machen. Insofern werde versucht, der aktionsorientierten Szene ein Erlebnisfeld zu geben.

Gerade „Black lives matter“ versuchten Linksextremisten anzugehen, für die es sich beim Rassismus um eines der wesentlichsten Themen handele.

Nicht alle als Rechtsextremisten gespeicherten Personen hätten keine Waffe mehr. In Nordrhein-Westfalen würden alle 350.000 Personen im Waffenregister zweimal pro Jahr daraufhin überprüft, ob es sich um Extremisten handele. Dabei ermittle der Verfassungsschutz zu jeder einzelnen Person zusätzlich, um den Waffenbehörden die Möglichkeit zu geben, die Waffen zu verbieten. Nach dem Verfassungsschutzgesetz müssten Personen selbst bei Vorliegen ganz vager Anhaltspunkte gespeichert werden, wohingegen die Waffenbehörde eine Waffe erst bei stichhaltigen Tatsachen entziehen dürfe. Insofern werde es immer mehr gespeicherte als Personen mit entzogenen Waffen geben, wobei man zwei Dritteln die Waffe bereits entzogen habe. Nach wie vor gelte der Grundsatz, dass kein Extremist eine Waffe haben dürfe.

Deutschland stehe im Fokus aller weltweiten Nachrichtendienste, und zwar aufgrund seiner biografischen Lage in der Mitte Europas, seiner Mitgliedschaft in allen internationalen Gremien und seiner sehr innovativen Wirtschaft. Der Verfassungsschutz arbeite daher auch mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammen.

Die Bundestagswahl als Institution halte er an keiner Stelle für gefährdet, wenn Nachrichtendienste auch Personengruppen oder Parteien angriffen.

Er betont, wie auch die anderen Abteilungsleiter im Innenministerium sei er neutral. Der Minister erteile ihm keine Weisung. Wenn der Verfassungsschutz eine Organisation beobachten wolle, sei das allein seine Entscheidung.



Das Zugriffsrecht bei der Überprüfung der Ortskräfte liege beim Bund, wobei die Identitätsfeststellung am schwierigsten sei. Deshalb würden die Personen während ihres gesamten Aufenthalts in Deutschland im Ausländerzentralregister gespeichert, und es werde stets nachberichtet.

Zur Frage nach der Abgrenzung zu Verschwörungsmmythen führt er aus, die Kritik oder Äußerungen im Netz selbst führten nicht zu einer Beobachtung des Verfassungsschutzes, der deshalb von 25.000 einschlägigen Personen im Netz auch nur 300 im Blick behalte und nur 20 Personen als Rädelsführer besonders in den Blick nehme.

Das Innenministerium selbst finanziere gar keine Organisation und damit auch keine linksextremistischen. Andere Ressorts könnten mit Blick auf ihre Finanzierung beim Verfassungsschutz entsprechend anfragen.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** hält die Beratungsfälle zum Salafismus bei Wegweiser für rückläufig. Den Vorschlag der SPD, sie zu Demokratiezentren auch für andere Themen auszubauen, lehne sie aus konzeptionellen Gründen ab, weshalb sie sich wundere, dass der Verfassungsschutz sie für Verschwörungsmmythen öffne, obwohl es sich um unterschiedliche Themenfelder handele. Die Sektenberatung erhalte wie auch die mobile Beratung seit einiger Zeit erheblich mehr Anfragen zu Verschwörungsmmythen, sodass man sinnvollerweise diese Beratungsangebote verstärken sollte.

**MDgt Burkhard Freier (IM)** stellt klar, Verschwörungsmmythen würden nicht durch Wegweiser bearbeitet, sondern weil es sich um ein allgemeines politisches Thema handele, werde dort lediglich über Verschwörungsmmythen informiert, die es auch beim Islamismus gebe. Dazu müssten die Berater bei Fragen entsprechend einordnen und an die zuständigen Stellen verweisen können. Bei Wegweiser gebe es aber gar keine Kapazitäten dafür, Verschwörungsmmythen zu bearbeiten, bei denen es sich auch gar nicht um das inhaltliche Thema handele.

**Vorsitzender Daniel Sieveke** dankt im Namen des Ausschusses **MDgt Burkhard Freier (IM)** und seinem Team für den Bericht.

gez. Daniel Sieveke  
Vorsitzender

11.10.2021/11.10.2021

11